

Stettiner Zeitung.

Morgen-Ausgabe.

Abonnements-Einladung.

Wir eröffnen hiermit ein neues Abonnement für den Monat Dezember auf die täglich einmal erscheinende Pommerische Zeitung mit 35 Pf., auf die zweimal täglich erscheinende Stettiner Zeitung mit 67 Pf. Bestellungen nehmen alle Postämter an.

Die Redaktion.

Deutscher Reichstag.

22. Sitzung vom 25. November.

Präsident v. Kesselow eröffnet die Sitzung um 1 Uhr.

Auf der Tagesordnung steht die erste Beratung des vom Abg. Nischlicher (Ztr.) u. Gen. beantragten Gesetzesentwurfs, betr. Abänderungen und Ergänzungen der Gewerbeordnung. Nach diesem Gesetzesentwurf sollen die Gewerbetreibenden die Arbeiter zum Arbeiten an Sonn- und Festtagen nicht verpflichten dürfen. Im Handelsgewerbe sollen Geschäften, Lehrlinge und Arbeiter nicht länger als fünf Stunden beschäftigt werden dürfen.

Dieselben Abgeordneten haben ferner einen Gesetzesentwurf, betr. die Regelung der Frauen- und Kinderarbeit eingebracht, ebenso Abg. Köhler (Reichsp.) u. Gen. Nach demselben sollen Arbeiterinnen in den Fabriken weder an Sonn- und Festtagen, noch zur Nachtzeit beschäftigt werden dürfen, während am Sonnabend Frauen und Kinder nur bis 5½ Uhr Nachmittags zur Arbeit angehalten werden können.

Zur Begründung des Antrages Nischlicher u. Gen. erhält das Wort der

Abg. Nischlicher (Ztr.): Er und seine Freunde hätten, so führt er aus, sich nicht darauf beschränken dürfen, die Absicht, welche die Anträge verfolgen, durch eine Resolution zum Ausdruck zu bringen, namentlich mit Rücksicht auf die Stellung, welche sowohl der Bundesrath wie auch verschiedene Parteien des Hauses den wiederholt gestellten Anträgen seiner Freunde gegenüber eingenommen hätten. Die Sonntagsruhe sei viel wichtiger als die Regelung der Frauen- und Kinderarbeit. Der Bundesrath lehne das Bedürfnis der Regelung der Sonntagsruhe, doch müsse er dem gegenüber darauf verweisen, daß die dieserhalb angestellte Enquete ergeben habe, daß drei Viertel der Arbeiter diese Regelung dringend gefordert hätten. Diefem Verlangen träte nun das religiöse Bedürfnis hinzu, dem unter allen Umständen Rechnung getragen werden müsse. Der von seinen Freunden vorgelegte Entwurf schlage eine Regelung vor, welche sowohl den Interessen der Arbeiter, wie auch der Arbeitgeber entspreche. Was die Frauen- und Kinderarbeit anlangt, so sei es dringend notwendig, wenigstens die schulpflichtigen Kinder der Fabrikarbeit zu entziehen, und was die Arbeit der Frauen anlangt, so sei die Nacharbeit derselben in England, Oesterreich, in der Schweiz u. vollständig verboten, ohne daß dies von wesentlichem Einfluß auf die Industrie wäre. Gehe man der Familie des Arbeiters den Sonntag wieder, so werde man dadurch der Sozialdemokratie am wirksamsten entgegen treten.

Abg. Schrader (Ztr.): Er und seine Freunde hätten die Regelung der Frauen- und Kinderarbeit und der Sonntagsruhe für ebenso dringend, wie der Vordränger; sie hätten ihre dahin gehende Resolution eingebracht, um in möglichst kurzer Zeit einen möglichst einstimmigen Beschluß des Reichstages herbeizuführen. Wollen die Antragsteller diesen Weg nicht, wollen sie einen Gegenstand feststellen, dann mögen sie mit den Freiwilligen dahin wirken, daß der Etat nicht eher zu Stande komme, als bis der Gesetzentwurf die dritte Lesung passiert habe, denn sonst werde man es erleben, daß die Regierung den Reichstag schließe, ehe das Gesetz zu Stande gekommen sei. Was nun die Sache selbst anbelange, so habe er die dringende Bitte an die verbliebenen Regierungen, daß sie ihren ablehnenden Standpunkt aufgeben mögen. Die Arbeiter seien nicht in der Lage, für sich selbst zu sorgen, das Sozialisationsrecht der Arbeiter werde illusorisch gemacht, namentlich durch das Sozialistengesetz, und man möge doch nach England sehen, dort werde man lernen, daß es am richtigsten sei, die freie Organisation der Arbeiter nicht nur zu gestatten, sondern in jeder Beziehung zu fördern. Gesetze das aber nicht, dann habe allerdings der Reichstag die Verpflichtung, durch die Arbeiterentschuldigung das Interesse der Arbeiter wahrzunehmen. Deshalb möge das Haus sich über einen möglichst einstimmigen Beschluß einigen, welcher dem Bundesrathe vorgelegt werden könne. Die verbliebenen Regierungen übernehmen eine große Verantwortung, wenn sie derartigen Anträgen des Reichstages fort und fort Widerstand entgegensetzen. (Beifall.)

Abg. Duvigneau (natl.): Er und seine Freunde würden für alle vorliegenden Anträge stimmen, hätten indessen eine Reihe von Bedenken gegen einzelne Bestimmungen der Gesetzesentwürfe, denen sie ja auch bereits bei den früheren Kommmissionsverhandlungen Ausdruck gegeben hätten. In diesem die Zeit zu Abänderungen zu kurz bemessen sei, so werden seine Freunde solche nicht beantragen. Sie erkennen die große Bedeutung dieser Anträge sowohl in sittlicher, wie religiöser und wirtschaftlicher Beziehung an und wünschen dringend, daß ein Abschluß dieser Angelegenheit herbeigeführt würde. Bei allseitigem guten Willen des Hauses würde es wohl möglich sein, eine Verständigung herbeizuführen.

Abg. Frhr. v. Staum (Reichsp.) verweist auf die früheren Verhandlungen des Reichstages und betont, daß die Regierung die Gewerbeordnung an der Frage der Sonntagsruhe nicht würde haben scheitern lassen, hätten die Nationalliberalen und die Fortschrittspartei damals für die Anträge gestimmt. Die Sache wäre dann längst geregelt. Er könne oft aus der Haut fahren, wenn er sehe, wie Leute die Arbeiter befehlen wollen, welche keine Ahnung davon haben, wo der Unterschied der Schuld drückt. Die Industrie sei für unser Vaterland von einer so großen Bedeutung, daß man sich hüten sollte, dieselbe durch zu weit gehende Anträge zu schädigen. Nicht die Arbeiter-Anschlüsse, nicht die

Arbeiter-Organisationen fördern das Wohl der Arbeiter, sondern das Vertrauen zwischen Arbeitgeber und Arbeiter; Alles was dem widerspreche, sei vom Uebel. Für gewisse Industrien sei die Frauenarbeit durchaus notwendig, und wer die selben in solchen Industrien ermöge, mache sich um die Menschheit ebenso verdient, wie Desjardes, der sie in anderen Industrien abschaffe. Schematisch und mechanisch könne man nicht vorgehen. Auch die Sonntagsarbeit könne nur da abgelehnt werden, wo dies nach Ansicht des Zentralverbandes deutscher Industrieller möglich erscheine. Berechtigte Industrien dürften nicht durch Gesetz einfach verboten werden. Eine große Erleichterung sei es, wenn man dem Bundesrathe die Festsetzung der Feiertage, an denen nicht gearbeitet werden dürfe, überlassen wolle; eine einheitliche Bestimmung für Nord- und Süd-Deutschland würde sich nicht herbeiführen lassen. Was die Frauen- und Kinderarbeit anlangt, so stehe er dem Antrage ziemlich sympathisch gegenüber, er halte aber in dieser Frage eine neue Enquete für erforderlich. Er stehe auf dem Standpunkt, daß am liebsten den Frauen die Arbeit gar nicht gestattet werden möchte, da wo ihre Gesundheit leiden könnte, in dessen er nicht zugebe, daß den Frauen das Recht, sich selbst unabhängig zu ernähren, beschränkt werde. Den polizeilichen Eingriffen in diese Angelegenheit, wie die Antragsteller sie wolle, könne er keine Zustimmung nicht geben. Die Gefahr für ein Dienstmädchen, hier nach Berlin zu kommen, sei viel größer, als wenn dieselbe in irgend einer Fabrik Arbeit nimmte. Wenn man nun sage, es handle sich hauptsächlich um die verheirateten Frauen, so verweise er darauf, daß diese Frauen nach der angenommenen Statistik die verschwindende Minorität in den Fabriken bilden, daß die verheirateten Frauen überhaupt nur da arbeiten, wo ganz besondere Verhältnisse vorliegen. Wollte man den verheirateten Frauen die Arbeit gänzlich verbieten, so würde man dadurch sehr häufig die Kontrainte fördern. Daß die Nacharbeit für die Frauen aufrechter sei, wie für die Männer, bleibe zu beweisen; man könne aber den Bundesrath unmöglich aus dem Standpunkt stellen, so sagen: die Sache sei unmoralisch, aber Ausnahmen seien zulässig. Er halte die Frauenarbeit auch nicht für wünschenswert, aber nicht für generell so schädlich, daß sie generell verboten werden muß. Würde man nicht generell zulassen, sondern die einschlagenden Verhältnisse durch Enqueten genau feststellen und berücksichtigen, so würde man auch die Zustimmung des Bundesrathes für die Beschlüsse erreichen. (Beifall.)

Abg. Meister (Soz.): Die Erklärungen, welche der Herr Staatssekretär den Anträgen früher entgegensteht, gingen dahin, die Arbeiter wollten diese Beschränkungen ihrer Freiheit gar nicht. Es gebe nun aber eine Freiheit, die gesetzlich beschränkt werden müsse, das sei die Freiheit, sich ausbeuten zu lassen, und deshalb müsse er voll und ganz der im Antrage verlangten Sonntagsruhe zu. Anders verhalte es sich mit der Frauen- und Kinderarbeit. Er verkenne nicht, daß auch diese Anträge einen gewissen guten Kern hätten, dieser Kern sei aber mit so vielen Eventualitäten umgeben, mit so vielen Wenn und Aber verknüpft, daß die Ausnahmen, welche dabei zugelassen werden sollen, zur Regel werden. Auch könne er der Polizei nicht so große Machtbefugnisse zugeteilen, nach den vielen trüben Erfahrungen, die seine Freunde mit der Polizei gemacht hätten. Was nun die Kinder anlangt, so sollte unter allen Umständen die Schulpflicht bis zum 14. Lebensjahre gesetzlich festgesetzt werden und kein Kind unter 14 Jahren sollte in der Fabrik arbeiten dürfen. Die Arbeit der Kinder von 15 bis 18 Jahren bedürfe aber auch noch eines größeren Schutzes. Die Arbeit der Kinder in den Fabriken sei aber für dieselben lange nicht so schädlich, als ihre Beschäftigung in der Hausindustrie. Hier liege der eigentliche Krebsgeschwür und die Aussicht der Fabrikinspektoren müsse auch auf die Hausindustrie ausgedehnt werden. Die Kinderarbeit nehme in neuerer Zeit in gränzenloser Weise zu, so daß ihr ein gesetzliches Halt zugeführt werden müsse. Namentlich in dem gewöhnlichen Leben habe die Kinderarbeit in erschreckender Weise zugenommen. Die Frauenarbeit, welche billiger sei, als die des Mannes, erhalte den Arbeiter mit Unmuth. Die Frau solle die Kinder erziehen und pflegen; wenn sie aber von früh bis spät mit dem Manne, der nicht im Stande sei, seine Familie allein zu ernähren, an der Maschine arbeiten müsse, so könne sie ihre Aufgabe nicht erfüllen. Wollte man dem Arbeiter ein Eheleben gönnen, dann müsse man ihn materiell so stellen, daß er im Stande sei, seine Familie zu ernähren. Der Nacharbeit der Frauen stehen stiftliche Gründe entgegen und hier bedarf es des gesetzlichen Eingriffes. Unsere ablehnende Haltung richtet sich nur gegen die Form der Anträge. Wären Sie die Arbeiterentschuldigung, so gut als möglich, desto besser wird sich die Sozialdemokratie entfalten, der Arbeiter wird auch seine politischen Rechte fordern, die zu fordern er berechtigt sei.

Abg. Stöcker (Konf.): Wenn sich die Sozialdemokratie in neuester Zeit immer mehr ausgedehnt habe, so sei er der Ueberzeugung, daß an diesem Erfolge nur die Haltung der verbliebenen Regierungen in der Arbeiterentschuldigung Schuld sei. Auch in den künftigen Kreisen der Arbeiter, die er genau kenne, werde diese Haltung der Regierung abstoßend nicht verstanden. Es gehe nicht, die soziale Frage in zwei Theile zu theilen und den einen Theil allein zu erledigen. Arbeiter-Veränderung und Arbeiterentschuldigung müssen zusammengehen und zusammen erledigt werden. Man begreife die Regierung nicht, welche einerseits den Schutz des alten und kranken Arbeiters soweit gefördert habe, andererseits aber den viel weniger schweren und kostspieligen gesetzlichen Schutz des gesunden Arbeiters ablehne. Man müsse auf diese Dinge einen weit größeren Werth legen, die Arbeitslosen, die sich herausgestellt haben, müßten abgeschafft werden, selbst mit großen Opfern. In dieser Beziehung begreife er nicht, welche Einwendungen man gegen die Anträge erheben könnte. In der Frage der Sonntagsruhe herrsche allgemeine Uebereinstimmung und die Enquete, die angestellt worden, habe vollkommen ausreichendes Material geliefert, das dieselbe müsse nur in eine gesetzliche Form gebracht werden. Die Feiertage müsse er mit einbezogen, zumal wir eine so große Menge für

dieser Arbeitgeber hatten, deren Feiertage andere seien, als die unsrigen. Am Feiertage erfolge die Verkündigung des Wortes Gottes in viel feierlicherer Form, als an den Sonntagen und deshalb seien die Feiertage noch wichtiger, als die Sonntage. Was die Frauenarbeit anlangt, so sei für ihn eine ganz unabwiesbare Forderung des Familienlebens, daß die Frau ins Haus gehöre und nicht in die Fabrik. Was da an der Erziehung der Kinder geschädigt werde, wenn die Frau die Erziehung nicht leisten könne, das sei später nicht wieder einzubringen. Die Beschäftigung der Frauen in den Fabriken bleibe dann, das häusliche Leben zu entzweifeln. Die Arbeitgeber könnten in dieser Sache sehr viel thun, aber der Staat habe die Pflicht, den lässigen Arbeitgeber zur Erfüllung seiner Pflicht anzuhalten. Nehme der Reichstag die Anträge an, so habe er seine Pflicht gethan. Wäre könne der Reichstag nicht thun. Er empfehle die Annahme der Anträge. (Beifall rechts.)

Abg. Winterer (Ztr.): Das Staatsleben beruhe auf gesunden Familienverhältnissen und diese gesunden Familienverhältnisse gebe es nicht ohne die Sonntagsruhe. Diese sei die wichtigste Voraussetzung der Gegenwart. In Preußen gebe es über 500,000 Sonntagsarbeiter, ein Beweis dafür, daß die Gesetzgebung nicht ausreichend sei. Die Resultate der Enquete gehen nicht über die Aufzeichnungen hinaus, welche den Arbeiter als ein bloßes Produktionswerkzeug betrachten; aber auch ein solches muß Ruhe haben. Man stehe hier vor einer Forderung der Arbeiter nicht nur in Deutschland, sondern der ganzen Welt. Sehr peinlich wäre es doch, wenn die Arbeiter gezwungen sein sollten, ihr Recht auf Sonntagsruhe durch Arbeitsentstellungen zu erzwingen. Was die Kinderarbeit anlangt, so könne er nach seiner Erfahrung dieselbe nicht ganz abschließen. Der Schutz der Arbeiterinnen bleibe bei uns hinter den gesetzlichen Bestimmungen aller Länder zurück. In den Textilindustrien sei die Zahl der Arbeiterinnen weit größer, als die Zahl der männlichen Arbeiter, und da sollte der Staat doch wenigstens einigen Schutz eintreten lassen. Die Nacharbeit zerstöre die Gesundheit und das Familienleben, sie ist einfach mörderisch. Die beste Lohnemittel für die Frau sei die Familie, sorgen wir, daß dies so bleibe.

Die Diskussion wird geschlossen.

Das Schlusswort erhält der Abg. Dr. Lieber (Ztr.): Die Zustimmung zu den Anträgen beweise, daß es sich hier nicht um Anträge des Zentrums, sondern um solche handle, welche allen Parteien des Reichstages angehören. Der Abg. v. Staum komme hier in den Reichstag gewissermaßen als das Gespenst von 1878 zurück, er stelle sich von diesem Standpunkte aus auf der einen Seite Sachverständigen in dieser Frage hin. Derselbe habe also diejenigen Schritte vollständig übersehen, welche von den Reichstagen der eubäischen liegenden Jahre gesehen seien. Niemals gegen die Industrie als solche seien niemals erfolgt, wohl aber seien Vorwarnungen gegen die Auswüchse derselben ausgesprochen. Die soziale Harmonie werde nicht herbeigeführt auf dem Wege, den Herr v. Staum vorschlägt, sondern dadurch, daß in dem Arbeiter das Bewußtsein erweckt werde, daß der nötige Schutz für ihn vorhanden sei. Wenn der Abg. v. Staum darauf hingewiesen, daß eine große Zahl von unverheirateten weiblichen Personen in den Fabriken beschäftigt seien, so habe er die Anträge nicht ordentlich durchgesehen, denn diese wollten die unverheirateten Frauen von der Arbeit nicht anschießen, sondern für diese nur einen Schutz gegen Ausbeutung herbeiführen. Werden die Frauen von der Arbeit fern gehalten, so werde sich der Lohn der männlichen Arbeiter von selbst heben. Die vollständige Theilnahmlosigkeit des Bundesrathes bei diesen Verhandlungen sei ein trauriges Zeichen der Zeit; möge der Bundesrath sich noch in letzter Zeit seiner Verantwortlichkeit bewußt werden.

Abg. Henning (Natl.) erklärt, er sei Gegner der Anträge, welche sich lediglich auf die Großindustrie beziehen und werde für jeden Antrag stimmen, welcher die Kinderarbeit aus den Fabriken vollständig verbant.

Eine Verweisung der Anträge an eine Kommission erfolgt nicht, die zweite Verhandlung derselben findet somit im Plenum statt.

Hierauf verlegt sich das Haus.

Nächste Sitzung: Dienstag 1 Uhr.

Tagesordnung: Fortsetzung der Etatsberatung. Anwärteramt und Nachtrags-Etat.

Deutschland.

Berlin, 24. November. Eine würdige, der Erinnerung an Kaiser Friedrich geweihte Feier fand gestern Abend im Berliner Handwerker-Verein statt. Dieselbe galt zunächst der Enthüllung eines prächtigen Bildnisses des dahingeshiedenen unvergesslichen Vordenkers, das von einem Mitglied des Vereins zur herrlichen Fierde des großen Saales als Geschenk dargebracht worden. Dieser werthvollen Gedenkstein schloß sich gleichzeitig noch eine zweite an, eine Spende von 2000 Mark, die zur Veranschaulichung eines Kaiser Friedrichs-Bildnisses für Waisen des Berliner Handwerker-Vereins dienen soll. Nach dem Gedenken durch den Vorsitzenden Herrn Jordan den Mitgliedern zur Kenntnis gebracht und von diesen mit lauter Billigung aufgenommenen Statut wird der Fonds, der im Laufe der Zeit vergrößert werden soll, dazu verwendet, den Waisen Beihilfe zum Unterricht, zur Ausbildung und zur Unterstützung in Nothfällen zu gewähren. Die Gedenkfeier selbst, zu welcher sich eine außerordentlich zahlreiche Theilnehmerzahl eingefunden hatte, wurde durch das vom Chor gesungene Lied „Mange Hoffnung, mange Wunde“ und einen schwingvollen, von dem Vereinsmitglieder Herrn Bernbach gedichteten, von Herrn Seeger gesprochenen Prolog eingeleitet; derselbe tönte in den Worten an:

— Es wird kein Dämon weiter fort
Im Unterreicht und des Volkes Kreisen,
Was „unser Fritz“ geübt, wird tief und weit
Bis in die späten Zeiten dauern preisen.
Es erfolgte nun unter tiefer Bewegung aller Anwesenden und unter den Klängen des Liedes „O Lieb, so lang du lieben kannst!“ die Enthüllung des herrlichen wohlgetroffenen Bildnisses. Von einem prächtigen, vergoldeten Kronengemäldeten Rahmen umgeben, zeigte es sich innerhalb einer reichen Umrandung von Blumen und Blattspangen den bewundernden und theil-

nahmsvollen Blicken aller. Eine Gedankensatz unter dem Bilde trägt in goldenen Lettern die Aufschrift: „Die Gemeinsamkeit der gewerblichen Interessen zu betonen, das ist die Aufgabe aller, denen der Wohlstand und die Gesittung der Völker am Herzen liegt.“ Die Worte nämlich, die Kaiser Friedrich als Kronprinz zum Bürgermeister von Bremen, Herrn Gildemeister, gesprochen hatte. Nachdem der letzte Ton des himmelsvollen Gesanges verhallte, ergriff der Vorsitzende das Wort, um mit einigen wenigen Ausführungen daran zu erinnern, wie Kaiser Friedrich, damals Kronprinz, am 1. April 1882 denselben Saal, in dem heute die erste Feier stattfand, betrat, wie er alle Räume und besonders die Arbeiten der Handwerkerkammer eingehend prüfte, wie er den Wunsch aus sprach, dieses Haus möge ein Heim, ein Sammelpunkt für die Arbeiterwelt werden. Nun möge auch das Bildnis dieses hohen, vielbetrauten Herrschers diese Räume zieren, dessen Andenken von uns für alle Zeit erhalten bleiben wird. In schwingvollen und eindringlichen Worten schilderte nun Reichstagsabgeordneter Schrader das Streben und Wirken des unvergesslichen Kaisers, dessen Leben von Liebe getragen gewesen, und dem man deshalb auch Liebe im reichsten Maße entgegenzutragen. Er wolle ein Kaiser sein nach den idealsten Begriffen der Menschheit, ein Kaiser für das ganze Volk, ein gerechter Herr dem höchsten wie dem Niedrigsten. Sein Geist umfasse alle Stände mit gleichem Interesse und mit gleicher Liebe. Wie er die Künste förderte, so förderte er auch das Handwerk, und mancher von den im Saale Anwesenden hat für gelungene That warmes Lob von ihm erhalten. Darum wird er auch in diesen Räumen nie vergessen werden und ewig fortleben. Auf diese Worte, die einen sichtlich tiefen Eindruck unter den Versammelten hervorriefen, folgte weiterer Gesang und wurde dann gegen 11 Uhr die ebenso schöne wie erhabende Gedenkfeier geschlossen.

— Zu der Umwälzung in Brasilien bringt die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ folgende Aeußerung:

Die gegenwärtige Lage in Brasilien, soweit dieselbe aus den vorliegenden telegraphischen Mittheilungen zu erkennen ist, dürfte den Mächten einen Anlaß zur Vernehmung nicht geben. Der provisorischen Regierung steht entschieden weder die Macht, noch der Wille, die Ordnung aufrecht zu erhalten; es liegt daher auch kein Bedürfnis vor, deutsche Kriegsschiffe nach Rio zu entsenden.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 23. November. Eine interessante Lösung wird voraussichtlich die Uniformfrage an der Universität erfahren. Da die Verordnungsung vom 20. Oktober d. J. sich als Gesamtverordnung auf alle Staatsbeamte bezieht und mithin auch die Universitätsprofessoren verpflichtet sind, eine Uniform zu tragen, so entstand in den akademischen Kreisen eine Agitation, welche schließlich den akademischen Senat der Wiener Universität veranlaßt hat, eine Eingabe an das Unterrichtsministerium zu richten; in dieser Eingabe, welche bereits dem Unterrichtsminister Dr. v. Gutsch überreicht ist, wird darauf hingewiesen, daß die für die Staatsbeamten vorgeschriebene Uniform für die Professoren kaum geeignet sei; bei den Akademikern, Promovirten u. s. w. würde das Erscheinen der Professoren mit der Dienstuniform und dem Säbel sich gewiß nicht als thöricht erweisen. Wenn schon eine Uniform in Anwendung kommen solle, so könne auf die historische akademische Tracht hingewiesen werden, bestehend aus dem Salar und dem Barret; dieses akademische Druat sei übrigens noch jetzt an einigen Hochschulen Deutschlands, ja in Oesterreich selbst an der Universität Krakau, in Anwendung. Dieses Druat sollten die Professoren bei allen akademischen Anlässen, insbesondere bei der Dignitäts- und bei der Inaugurationsfeier, bei den Promotionen tragen; bei Vorlesungen vor dem Kaiser würde die Staatsuniform wie bisher zu tragen sein. Dies sind beifällig die Ansichten und Anträge, welche der akademische Senat der Wiener Universität in der Frage der Beamtenuniform zum Ausdruck gebracht hat, und die wir für ein mehr ins Gewicht fallen, als die größte Universität dieses Reiches und auch die Provinzuniversitäten sich zum Theil bereits denselben angeschlossen haben; so hat z. B. der akademische Senat der Universität Breslau eine Eingabe ähnlichen Sinnes an das Unterrichtsministerium gerichtet.

Frankreich.

Paris, 22. November. Recht zur Unzeit hat Prinz Viktor Napoleon den bonapartistischen Anschlüssen durch den General Du Darail, seinen politischen Vertreter in Frankreich, eine Kundmachung zugehen lassen, und die scharfe Betonung, daß die Lehre der Napoleoniden in der Demokratie wurzele, bringt seine Worte heute nach dem Wähltag der Republik den Herzen der Franzosen nicht näher. Die Empfehlung als „Vetter“, die Prinz Viktor einfließen läßt, klingt heute wie der Heißhunger eines Erbkönigs, der selbst der Rettung dringend bedürftig ist und das Scheitern der Wahl. Durch das Bündnis mit Boulanger hat Prinz Viktor seine Anhänger aus der Hand gegeben und keinerlei Bedingung für sie bewegen, dahin zurückzukehren. Wie ich höre, ist auch die finanzielle Lage des Prinzen recht mäßig. Mit dem Tode des Herzogs von Padua war das ihm von diesem ausgesetzte Jahresgehalt verloren, und seit auch der ehemalige Minister Boyie und andere reiche Bonapartisten ihre Hand von ihm zurückgezogen haben, bleiben ihm nur noch die 50,000 Franken, welche die Kaiserin Eugenie ihm bewilligt hat. Doch auch mit der Kaiserin scheint er nicht auf bestem Fuße zu stehen. Bei der leichtfertigen Veranlagung ihres Neffen verlangt nämlich die Kaiserin, Prinz Viktor solle, wie sein Vetter, russische Kriegsdienste nehmen, aber der Prinz scheint keine Neigung zu haben, seine jetzige Ungelegenheit gegen den langweiligen Dril einer kleinen russischen Garnison einzutauschen. Dem „XIX. Siècle“ zufolge ließen drei Fabrikanten von Saint Etienne, Tulle und Chateaufort jetzt täglich 6000 Rebel-Gewehre. Darnach müßte die ganze aktive Armee und die Reserve zu Anfang des nächsten Jahres mit dem neuen Gewehr ausgestattet sein. Die acht Territorial-Regimenter des 6. Korps, das an der deutschen Grenze steht, konnten

ebenfalls schon jetzt mit dem neuen Gewehr bewaffnet werden. Dasselbe Blatt will wissen, daß die Gefinder das französische rathlose Pulver derart verbessert haben, daß es jetzt auch für Kanonen, selbst für die größten Marinegeschütze, verwandt werden könne.

Paris, 23. November. Der berühmte Oberst Vincent, unter Voulanger Chef des Informations-Bureaus im Kriegsministerium, war von der „Bataille“ der Veranrechnung einer Summe von 200,000 Francs bestraft, und das Blatt ein erstes Mal wegen Verleumdung in der Person seines nicht der Gericht erscheinenden Geranten zu einem Monat Gefängnis und 1500 Francs Strafe verurtheilt worden. Er legte Berufung gegen dieses Urtheil ein und der Handel gelangte gestern vor die Geschworenen des Seine-Departements. Der Kläger, Oberst Vincent, und der Chefredakteur der „Bataille“, der Ex-Kommandeur Vissagars, waren mit ihren Beistandigen, Les Cotes und Paul Baure, erschienen. Die „Bataille“ hatte den Wahrheitsbeweis antreten wollen, wurde aber daran verhindert, weil sie es bei der ersten Verhandlung im August unterließ, dem Kläger innerhalb der gesetzlichen Frist die Liste ihrer Zeugen mitzutheilen. Alle Zeugenangaben waren daher ausgeschlossen und nur einige Bekannte Vincent's wurden zugelassen, um über einige streitige Punkte Licht zu verbreiten. So betheuerte General Galt, er habe Vincent immer als einen Ehrenmann gekannt, der mit geringen Mitteln seine drei Kinder gut erzog, während der Direktor einer Kasse für ehemalige Militärs und der ehemalige Verwalter der Dillierie, deren Eigentümer Vincent ist, erklärten, derselbe hätte sich oft in arger Kleinteile befinden und zu allen Anlässen mittels seine Zukunft gewonnen. Die „Bataille“ wurde abermals zu 1000 Francs Strafe und acht Tagen Gefängnis für ihre Geranten verurtheilt.

Italien.

Rom, 21. November. (Voss. Ztg.) Nachdem Vacelli aller Bemühungen ungeachtet die Wahl zum Bürgermeister von Rom abgelehnt hat und die Wahl Pisanelli's durch Rücksicht auf den Art. 235 des neuen Wahlgesetzes, den die Regierung streng in Anwendung bringen zu wollen erklärte, unmöglich geworden ist, hat die Stadverordneten-Versammlung gestern den früheren stellvertretenden Bürgermeister Armetelli, einen Sohn des Trümmers der römischen Republik, zum Oberhaupt der Stadt berufen. Der erwähnte Artikel verbietet die Annahme des Bürgermeisterpostens seitens eines Abgeordneten, der nicht mindestens 6 Monate vor den Gemeindevahlen sein Mandat niedergelegt hat. Die Tagessblätter streiten sich über die Nothwendigkeit einer mehr oder weniger strengen Auslegung dieser Bestimmung. Crispi hat einer Aenderung des Gemeinderaths erklärt, daß die Regierung die auf einen Abgeordneten fallende Bürgermeisterwahl unbedingt für unzulässig erklären würde. Armetelli ist ein Mann von gemäßigten politischen Ansichten, großer Bedachtlichkeit und Pflichttreue, unter welchem eine gewöhnliche und geordnete Stadverwaltung gewähreistet sein dürfte. Keiner genügt dies gegenwärtig nicht, um den städtischen Aufschwung herbeizuführen, der notwendig ist, um der Finanznoth entgegenzutreten. Die Lage der Hauptstadt erfordert kräftige und ausnahmsweise Bestimmungen, zu denen die Regierung die Hand bieten muß, was sie nur thun kann, wenn die neue Verwaltung die gewöhnliche große Sachkenntnis, Energie und Entschlossenheit giebt. Zwölf Jahre lang hat der Staat sich nicht darum gekümmert, ob die Mittel Roms für die zahlreichen Anforderungen ausreichten, welche die Umwandlung der Stadt in die Hauptstadt Italiens stellten. Erst als die Noth an den Mann kam, verlor er sich zur Garantie der ausschließlich für die bauliche Umgestaltung bestimmten 150 Millionen-Anleihe und zu einem Aufschuß von 50 Millionen binnen 20 Jahren. Letzterer verwendete sich in eine Last für die Stadt, da sie dafür die Erhaltung einer Anzahl staatlicher Gebäude übernahm und sich zu andern festgestellten Leistungen verband, während gleichzeitig die Aufschüsse auf ihren erheblichen Hülfenquellen loszten und an allerlei Steuern aus der Anleihe und den Unban-Gründungen 44 Millionen in den Staatskassazurückfloßen. Der Mangel einer eigenen Industrie, des Handelsverkehrs und des Unternehmungsgeistes setzt die Hauptstadt Italiens außer Stand, mit ihren erheblichen Hülfenquellen den geforderten Anforderungen gerecht zu werden. Der Kern des großen banwirtschaftlichen Problems besteht nicht in der Herbeischaffung der Geldmittel für die Vervollendung der baulichen Umgestaltung, sondern in der Schaffung eines selbstständigen gewerblichen und kommerziellen Lebens in dem Umfang, den die natürlichen Bedingungen gestatten. Zu diesem Werke scheint aber weder der neue Bürgermeister noch der erste Minister der rechte Mann zu sein.

Großbritannien und Irland.

London, 23. November. Die allgemeine Freude über die nahe Rückkehr Stanley's und Emin Paschas wird durch den Umstand einigermaßen beeinträchtigt, daß dieselbe durch dieses Gebiet erfolgen soll; und der „Standard“ klammert sich daher an Stanley's telegraphische Worte: „Erwartet mich zu irgend einer Zeit an der Küste!“, um zu beweisen, daß die Wahl zwischen Bagamoyo und Mombasa noch nicht endgültig festgelegt sei. Im Uebrigen aber ist der Zweifel über die Rettung der beiden Helden über alle Maßen groß und der Empfang, der ihnen hier in Aussicht steht, wird denselben Charakter tragen, wie er dem seligen Gordon Pascha zu Theil geworden wäre, wenn er nicht zwei Tage vor Anlauf der englischen Schiffe in Skutnum seinem Schicksale erlegen wäre.

Der geistigen Allarmnachricht des „Standard“ betrefend der russischen Missionen folgt heute die „Times“ in ähnlichem Tone nach. „Aufstand“ — so läßt sich das Blatt aus Wien berichten — „sicht seine Missionen in einer Weise fort, wie sie durch die jetzige Lage der europäischen Angelegenheiten nicht zu rechtfertigen ist. Der Kriegsminister General Wamowski hat seinen einen Auftrag gegeben, alle sibirischen Heere und besonders diejenigen am schwarzen und asowschen Meere so bald als möglich mit schweren Geschützen zu versehen. Außerdem sollen Festungen, wie Dschakow, durch detachirte Bataillone besetzt werden, deren Ban im Frühling beginnen und ohne Unterbrechung zu vollenden

set. Und schließlich wird noch angekündigt, daß die in Oesha und Kiew vorhandenen Streitkräfte bedeutend vermehrt werden sollen. Auch daß die russische Regierung, in der Absicht, die schwarze Meer-Flotte zu vergrößern, bei der Bellino-Flotten-Expedition, die die russische Flotte in der Nähe von Oesha 6 Kanonenboote und 3 Torpedoboote bestell.

Von Weich wird ein neuer Kanal b. richtet. Zunächst wurde der Vorbesitzer des künftigen Unterbauwerks aus dem Dienst entlassen. Er war bekannt als geschickter Ingenieur und hatte bei seiner Belohnung im Arsenal ein Gehalt von 440 R. Ihm folgte gestern einer der ersten Arbeiter in der Porensfabrik des künftigen Unterbauwerks; auch er besaß seit Jahren einen hervorragenden Ruf in seinem Fache. Die Behörden von Weich beobachteten über die Geschwindigkeit ein bedeutendes Stillstehen, aber allgemein wird angenommen, daß die bezeichneten Angestellten das Geheimnis des rathen Porens auf eine Privatfabrik vertragen haben. So ist deshalb zur Veranlassung gegeben worden können, bleibt fraglich, seitdem zur Zeit Weich, als Beamter des auswärtigen Amtes, das geheime Abkommen zwischen Schwabau und Saltsburg dem „Globe“ übermitteln konnte, ohne deshalb über den Verlust seines Postens hinaus irgendwie bestraft zu werden.

London, 23. November. Die Prinzessin Christian von Schleswig-Holstein leidet an der Angina. Als sie sich vor einiger Zeit in die Behandlung des Dr. Wagner in Wiesbaden stellte, erfuhr sie bald eine große Besserung ihrer Schmerzen. Die Prinzessin setzte jedoch die Kur nicht lange genug fort. Da die Symptome zurückkehrten, hat Dr. Wagner die Behandlung wieder aufgenommen, und wenn der Herzfehler auch noch langsam ist, so ist die Prinzessin nunmehr entseufet, auszuweichen, bis ihre Genesung vollendet ist.

Stettiner Nachrichten.

Stettin, 23. November. Ueber den Pianisten Herrn Georg Viedling, der in dem Weichwitzer-Konzert mitwirkte, schreibt eine Berliner Zeitung bei Gelegenheit eines kürzlich stattgefundenen Konzertes des Künstlers: „Herr Georg Viedling fand großen Beifall durch seine virtuellen Leistungen auf dem Flügel. In den Vorreden der verschiedenen Programmnummern zeigte sich der Künstler als Virtuose im besten Sinne, welcher die Fähigkeit besitzt, den schwierigsten Anforderungen der modernen Klavierliteratur gerecht zu werden, und Tausende zur Grundbedingung seiner künstlerischen Leistung macht.“ — Aus vortrefflicher Kritik ist es zu ersehen, daß Georg Viedling nicht einer von jenen Pianisten ist, die dazu da sind, um das Programm auszufüllen. Seine Leistungen sind anerkannt ersten Ranges, sein Programm ist interessant, und so wird das Weichwitzer-Konzert zu den gelungensten Abenden der Konzertsaal gezählt werden können.

* Als gestern Nachmittag gegen 5 1/2 Uhr der Arbeiter Hingel von hier auf dem Dampf-Kahn „Dammia II“ mit dem Weiterbeförderung einer 3 Zentner schweren Kiste beschäftigt war, kam derselbe zu Fall und gerieth mit dem Kopf unter die in Tätigkeit befindliche Wange, wodurch er eine 4 Zoll große Kopfwunde erlitt. Dem Verunglückten wurde in der Nähe ein Nothverband angelegt.

Am 2. Dezember er. findet die Vermählung des Generals Milten Pascha mit der Tochter des Herrn Generalmajors Dr. Abel hierseits statt.

* Bei der gestern Abend im Saale der Wein-Bräuer (Weich) stattgefundenen, nur sehr mäßig besuchten Versammlung der Sozialdemokraten hielt der Referent, Herr Herbert, einen Vortrag über: „Die wirtschaftliche Entwicklung und die Parteien“, welcher von geringer Bedeutung war. Die Gründung eines Arbeitervereins, die alsbald zur Sprache kam, wurde einstimmig angenommen und zur Ausarbeitung der Statuten ein provisorischer Vorstand von 5 Personen gewählt. Zum Schluss bemerkte Herr Herbert noch, daß es ihm nun vorläufig nicht mehr vergönnt sei, an dieser Stelle zu sprechen, da er vom Landgericht zu Stargard zu 3 Monaten Gefängnis wegen verschiedener Vergehen gegen das Sozialistengesetz verurtheilt sei und daß die von ihm nachgeforderte Revision vom Reichsgericht verworfen wäre und er in Kürze diese Strafe antreten müsse. Die Versammlung schloß mit einem Hoch auf die unbefugbare Sozialdemokratie.

Am den am Donnerstag Abend 7 Uhr im Marienstift-Gymnasium stattfindenden Vortrag zum Besten der Stadtmission wollen wir an dieser Stelle noch besonders hinweisen. Herr Dr. Büttner aus Berlin, der lange Jahre im Dienste der Mission in Afrika gewirkt und reichliche Erfahrungen daselbst gesammelt, wird über Sprache und Literatur der Schwarzen in Afrika berichten — ein Thema, das angesichts der großen Spannung, mit welcher man von den Vorträgen an dem sogenannten dunklen Erdtheil Kenntnis nimmt, gewiß nicht verfehlt wird, zahlreiche Zuhörer herbeizulocken. Gestern Abend 7 1/2 Uhr wurde die Generalversammlung eines Scherenselbstschutzes nach dem Sinne der Statuten 4. Genesung; dieselbe wurde, da inzwischen der Brand gelöscht war, ohne in Tätigkeit zu kommen, wieder abgelehnt. Ein gewaltiger Feuersturm war gestern Abend gegen 7 Uhr vor dem Berliner Thor sichtbar. Wie wir später erfahren, hat das Feuer, welches in Kottbuser anfangs nur unbedeutend war, in Folge des herrschenden starken Windes so große Dimensionen angenommen, daß es schließlich zu einer Generalbrandstiftung ansetzte. Der Feuersturm war ziemlich 4 Stunden sichtbar.

Die Bestimmungen des römischen Rechts über den Spielvertrag beruhen auf der Gefährlichkeit des Glücksspiels und dem Umstande, daß das Spiel nicht der Befriedigung eines natürlichen Zwanges oder eines wirtschaftlichen Bedürfnisses dient, und ihm daher dasjenige fehlt, was die innere Bedeutung des vom Recht anerkannten Rechtsgeschäfts ausmacht. Das reine Differenzgeschäft stellt diesen Charakter mit dem Spiel. Auch gegen einen anerkannten Kontokorrentschluß kann der Einwand des reinen Differenzgeschäfts erhoben werden, indem gemeines Recht. Nach dem Rechte des Königsreiches Sachsen sind reine Differenzgeschäfte strafbar, erlangen aber eine natürliche Verbindlichkeit, auf welche glückliche Fügung gelehrt werden kann, und welche als Grundlage anderer klagegerichtlicher Verträge genügen. Urtheil des 3. Zivilsenats des Reichsgerichts vom 19. März 1889. Die Bestimmungen des allgemeinen preussischen Landrechts stimmen mit denen des gemeinen Rechts überein.

Aus den Provinzen.

S. Kottbuser, 24. November. Auch in unserem Orte und falsche Einmischungen angehängt worden. Zwei derselben, die Herr Kaufmann E. Wolpert eingeleitet hat, tragen die Jahreszahl 1882 und sind 1 Gramm leichter, als die echten, auch mangelt ihnen die scharfe Prägung. Wie legt man den Falschmünzern nach?

nicht auf die Spur gekommen. Wahrscheinlich sind wohl die Falschmünzwerke von marktreifen Geschäften in der Nähe von Berlin beheimatet. — Wie es sich aus dem Bericht ergibt, hat sich nicht an einigen Stellen gezeigt, welche zur Entdeckung eines beim Bäckmeister E. ausgeführten Automaten der Form nach ziemlich genaue Nachahmung der nachgekauften haben, denen die Prägung folgt. Da auch das Gewicht übereinstimmte, so hat sich der Automat dadurch täuschen lassen. Die kleinen schmalen Vertiefungen sind aber endlich ertrapt und bestraft worden.

Don der hinterpommerschen Grenze, 24. November. Die Winterarbeiten haben sich jetzt gut entwickelt; nur hat die warme Witterung hin und wieder die Mäheplage begünstigt, und außerdem wird aus einer mit feinem Leinwand angelegten Gegend von Schädigung der dortigen Saaten durch Schnecken berichtet. Auf einzelnen Saatenfeldern sollen ganze Schichten durch Schnecken derartig vernichtet sein, daß man die selben fast nur durch die Stängel erkennen kann. Die Mähe- und Mäheplage, welche seitens der Schädigung so bedeutende Ausdehnung genommen hat, ist nicht weiter nach Westen gedrungen, vielmehr in Folge der bei dem ersten Erscheinen dieser Schädigung von den Behörden dagegen ergriffenen Maßnahmen. Unser Viehstand ist somit völlig gesund, weshalb hier auch von Schäden aus dem westlichen Preußen ganze Transporte aufgesetzt und weggeführt sind. Sehr flott ist der Holzhandel in diesem Jahre von Statten gegangen; dem trotz der Abnahme so vieler Schneckenplagen haben keine Verträge an Schneckenplagen angeschlossen werden können. — Die Jagd ist, wie nicht anders zu erwarten stand, sehr mangelhaft geblieben. Die vorausgegangenen beiden schneereichen Jahre haben den Wildstand so geschwächt, daß derselbe erst sehr allmählich wieder in die Höhe kommen wird.

S. St. Kottbuser, 24. November. Einem großen Aufschwung hat die Dampfschiffahrt hierseits genommen, indem 88 neue Schiffe eingetrennt sind, wodurch die Gesamtzahl auf 222 gestiegen ist. So hat sich die Frequenz dieser Schiffe in 4 Jahren verdoppelt.

Kunst und Literatur.

Die letzte, von der kürzlich veröffentlichten geistlichen Erzählung „Fanny Weich“ hinterlassene Novelle: „Eine Erscheinung“ veröffentlicht gegenwärtig die „Gartenlaube“, auf welche man jeder Zeit bei allen Buchhandlungen abwarten kann.

Schiffsbewegung.

Bremen, 23. November. Der Schnelldampfer „Lahn“, Kapitän H. Helms, vom Norddeutschen Lloyd in Bremen, welcher am 13. November von Bremen und am 14. November von Southampton abgegangen war, ist gestern 4 Uhr Morgens wohlbehalten in New York angekommen.

Viehmarkt.

Berlin, 23. November. Städtischer Zentral-Viehhof. Amtlicher Bericht der Direktion. Seit vorgestern, also mit Einschluß des Vortages standen zum Verkauf: 4029 Rinder, 8743 Schweine, 1247 Kälber und 5496 Hammel.

Das Rinder-Geschäft wickelte sich heute nach gutem Verlauf ruhig ab. Preise ziemlich unverändert wie am vorigen Montag. Zum ersten Mal erschienen heute aus Hamburg 20 amerikanische schwere und sehr junge Ochsen, welche indessen schon an hiesige Schlächter verkauft ankommen. Der Markt wurde ziemlich geräumt. Man zahlte für 1. Qualität 57—60 Mark, 2. Qualität 47—53 Mark, 3. Qualität 40—44 Mark und 4. Qualität 35—38 Mark pro 100 Pfund Reichsgewicht.

Trotz verhältnismäßig geringen Angebots vollzog sich in Schweinen der Markt sehr langsam und schleppend, da die hiesigen Schlächter sich sehr beschränkten und auch der Exportbedarf zurückgegangen war. Die vorwöchentlichen Preise konnten daher nicht erzielt werden und wurde nicht ganz geräumt. Auch heute waren Schweine angeblich englischen, französischen und italienischen Ursprungs und sehr schwerer Qualität am Platze, die äußerlich sehr vortheilhaften Eindruck machten. Man zahlte für 1. Qualität 62—63 Mark, in einzelnen Fällen für ausgezeichnete Ware auch darüber, 2. Qualität 59—61 Mark, 3. Qualität 55—58 Mark pro 100 Pfund mit 20 Prozent Tara.

Kälberhandel ruhig, keine schwere Ware wiederum geüht und leicht veräußert. Man zahlte für 1. Qualität 61—64 Mark, 2. Qualität 48—56 Mark und 3. Qualität 36—46 Mark pro 100 Pfund Reichsgewicht.

Gänse erfordern in Folge der geringen Zufuhr durchweg Preisaufschlag und wurden bis auf 50 Stück schließlich anverkauft, auch der Vorhanden war sehr lebhaft. Man zahlte für 1. Qualität 46—50 Mark, beste Kammer bis 58 Mark, 2. Qualität 38—43 Mark pro Pfd. Reichsgewicht.

„Reichsgewicht“ ist das Gewicht der 2 Viertel, auf welche der pro Stück gezahlte Preis, aber nach Abzug des durchschnittlichen Wertes von Haut, Kopf, Füßen, Eingeweiden oder „Kram“ u. vertheilt worden ist.

Bankwesen.

Sächsische 4prozentige Staats-Anleihe von 1852/63. Die nächste Ziehung findet Anfang Dezember statt. Gegen den Kursverlust von circa 3 1/2 Prozent bei der Auslosung übernimmt das Bankhaus Karl Neuburger, Berlin, Französischer Straße 13, die Versicherung für eine Prämie von 7 Pf. pro 100 Mark.

Börsen-Berichte.

Posen, 23. November. Spiritus loco ohne Faß 50er 49,70, do. loco ohne Faß 50er 30,20. Kündigung. — Vter. Markt.

Magdeburg, 23. November. Zuckerbericht. Konjunktur ord., von 92 Prozent 16,30, Konjunktur ord., 88 Prozent 15,40, Nachprodukte ord., 75 f. Rendement 12,50. Steig., wenig Geschäft. f. Brodrasfunde. — f. Brodrasfunde. 20,00. Gem. Raffinade II. mit 24,25. Gem. Melis I. mit 24,75. Aufg. Nachg. Nachg. I. Produkt Transitio f. a. B. Hamburg per November 11,70 G., 11,77 1/2, per Dezember 11,80 bez. u. B., per Januar 12,10 Br., per März-April. — Steig.

Köln, 23. November. Nachm. 1 Uhr. Getreidebericht. Weizen hiesiger loco 19,50, do. fremder loco 21,00, do. per November 19,00, per März 19,85, per Mai 20,20. Roggen hiesiger loco 17,00, fremder loco 18,00, per November 16,85, per März 17,10, per Mai 17,30. Hafer hiesiger loco 14,75, fremder 16,50. Hafer loco 16,00, per Mai 18,90 68,40.

Hamburg, 23. November, 12 Uhr 50 Min. Nachm. (Telegramm von Salsky u. Sohn in Hamburg.) Kaffee = Termin = Markt. November 87,50, Dezember 88,00, März 84,00. Best.

Hamburg, 23. November, Vormittags 11 Uhr. Kaffee. (Vormittagsbericht.) Good average Santos per November 87,50, per Dezember 87,50, per März 84,00.

87,50, per März 1890 83,75, per Mai 83,50. Behauptet.

Hamburg, 23. November, Vormittags 11 Uhr. Zuckermarkt. (Vormittagsbericht.) Rübenzucker I. Produkt, Basis 88 pEt. Rendement, neue Urfache, frei an Bord Hamburg per November 11,67 1/2, per Dezember 11,70, per März 12,20, per Mai 12,52 1/2. Best.

Paris, 23. November. Anfangsbericht. Mehl ruhig, per November 50,80, per Dezember 51,30, per Januar-April 51,90, per März-Juni 52,60. Spiritus steig., per November 36,20, per Dezember 36,70, per Januar-April 38,20, per Mai-August 39,70. — Weiter: Weizen.

Savre, 23. November, Vormittags 10 Uhr. (Telegramm der Hamburger Firma Reimann, Hiesler u. Komp.) Kaffee in New York schloß mit 5 Points Baile.

Rio 6000 Saft, Santos 12,000 Saft, Kaffees für Semaband.

Savre, 23. November, Vormittags 10 Uhr 30 Minuten. (Telegramm der Hamburger Firma Reimann, Hiesler u. Komp.) Kaffee good average Santos per Dezember 104,50, per März 101,50, per Mai 101,50. Aufg.

London, 23. November, 4 Uhr 20 Min. Nachm. Getreidebericht. (Schlußbericht.) Weizen ruhig, fremder stetig. Mehl ruhig, unverändert. Mais anziehend. Gerste stetig. Hafer ca. 1/4 Wochenrückgang. Schwach. Dörsen fest. Erbsen mäßig, 1 Sh. theurer.

Die Getreidezufuhren betragen in der Woche vom 16. November bis zum 22. November: Englischer Weizen 2772, fremder 33,021, englische Gerste 3629, fremder 27,513, englische Hafergerste 18,522, fremder —, englischer Hafer 1027, fremder 63,291. Ders. Englisches Mehl 20,771, fremdes 33,645 Saft.

Glasgow, 23. November, Vormittags 11 Uhr 10 Min. Rohseifen. Nigeddumres warrants 61 a 63 S. d.

Telegraphische Depeschen.

Friedrichshagen, 23. November. Der württembergische Ministerpräsident v. Mittnacht ist am Samstag zum Besuche des Reichskanzlers Fürsten Bismarck hier eingetroffen.

Posen, 23. November. Aus Petersburg wird gemeldet: Auf der Wolga ist das Eis an verschiedenen Stellen zum Stehen gekommen. Die Schifffahrt auf derselben ist gestoppt.

Posen, 23. November. Das Schwurgericht verurtheilte heute den Schieferbedeckungs-Kapitän Binder, welcher am 19. August im hiesigen Gerichtesgefangnis den Wirtschaftsbauern Wobislaus mittelst eines Messers tödtete, in acht Jahren Zuchthaus.

Magdeburg, 23. November. General v. Hantsch, Kommandeur des 4. Armee-Korps, erklärt die von der „Berl. Vorber-Zeitung“ verbreitete Androhung, daß er seinen Abschied einreichen werde, für erfunden.

Frankfurt a. M., 23. November. Sabor hat die Reichskanzler-Kandidatur aus Gesundheitsrücksichten endgültig abgelehnt. An seiner Stelle kandidirt der hiesige Sozialist, Lithograph W. Schmidt.

Frankfurt a. M., 23. November. Se. königliche Hoheit der Prinzregent Luipold nebst Ihren königlichen Hoheiten den Prinzen Ludwig und Leopold von Bayern kam gestern Nachmittag um 4 Uhr in Alshausen an und wurde auf dem Bahnhof von den Vertretern der hiesigen Behörden empfangen. Se. königliche Hoheit dankte durch Untersuchen für die Aufnahme des hohen Gastes enthusiastisch begrüßenden Publikum. Das Dinner fand im königlichen Saal des Bahnhofs statt. Dann erfolgte um 6 Uhr die Fahrt auf Jagdschloß Roßbrunn, wo um 8 Uhr die Ankunft erfolgte.

Frankfurt a. M., 23. November. Seine Majestät der Kaiser kommt bestimmt nach Frankfurt. Seitens der Antendanz der vereinigten Stadttheater ist für den 9. Dezember eine Fest-Vorstellung im Opernhaus anberaumt.

Frankfurt a. M., 23. November. Das detaillierte Programm lautet: Die Ankunft Sr. Majestät des Kaisers in Frankfurt erfolgt am 9. Dezember Mittags. Morgen wird dem Stadtverordneten eine Kreditforderung von 50,000 Mark für Anschaffung der Stadt zugehen. Am 10. Dezember wird dem Reichsamt die Errichtung der Triumphbogen vorgesehen, eine Via triumphalis wird sich bis zum Palmengarten hinziehen, wo die Stadt Sr. Majestät ein Festmahl zu geben gedenkt. Dann folgt eine Gala-Oper im Opernhaus, worauf der Kaiser Abends weiter reist. — In Darmstadt sind die Vorbereitungen zum Empfang bereits in vollem Gange. Im Hoftheater finden als Festvorstellungen am 6. Dezember der zweite Akt aus „Joseph und seine Brüder“ und der dritte Akt aus der Oper „Die Kaiserstochter“, am 7. Dezember „Krieg im Frieden“, am 8. Dezember „Zigarras Hochzeit“ statt. — Man zgedenkt Sr. Maj. der Kaiser nicht zu besuchen. Auch in dieser Stadt war das Gerücht eines Kaiserbesuches verbreitet.

Vielefeld, 23. November. Der Bürgermeister Ringsdorf in Salzuflen ist, nachdem er sich Untersuchungen hatte zu Schulden kommen lassen, entlassen. Er wurde jedoch sofort verhaftet, und es ist gelungen, ihn in Dörhausen zu ergreifen, so daß er gefangen zurückgebracht werden konnte.

Galle a. S., 23. November. In Bitterfeld haben die Konservativen beschlossen, daß bei ein weiteres Mandat absehbenden Landtags von Bitterfeld der Grubenbesitzer Bauernmeister Bitterfeld aufzustellen.

Finne, 23. November. In Ehren des deutschen Gesandten gab der Gouverneur Graf Zichy gestern ein Dinner, an welchem der Kommandant Hollmann mit dem ganzen Stabe, der Herzog von Mecklenburg, viele hohe österreichische Offiziere und die Spitzen der Zivilbehörden theilnahmen. Während des Dinners gedachte Graf Zichy der hohen Mission, welche der deutsche Kaiser im Interesse des europäischen Friedens unternommen habe, und brachte ein Hoch auf Se. Majestät des deutschen Kaisers aus, welches begeistert aufgenommen wurde. Hierauf erwiderte der Kommandant Hollmann, daß er in diesem Jahre zum zweiten Male Gelegenheit habe, in Finne die Gefühle zum Ausdruck zu bringen, welche der österreichische Kaiser für den deutschen Kaiser empfindet. Bei den Tönen intonierte die Militärkapelle die preussische resp. österreichische Nationalhymne. Abends fand Gala-Vorstellung im Opernhaus statt.

Best, 23. November. Die Polizei hat gestern Nacht eine Spielhölle am Elisabethplatz aufgehoben. Die Gesellschaft bestand aus den vornehmsten Herren, welche angeblich zu enorm hohen Summen Pharo gespielt haben sollen.

Mos, 23. November. Die sieben verlesene Thronrede, welche mit außerordentlichem Jubel aufgenommen wurde, betont, daß der König der italienischen Produktion nicht von Migranten und Argwohn begleitet sein dürfe, welche die Völker mühsam trennen, und nicht Reformen hin-

bern dürfe, welche die trennenden Grenzen möglichst hinwegräumen, den Austausch der Erzeugnisse erleichtern und die internationalen Beziehungen freundschaftlicher gestalten. Gegenwärtig habe die internationale Einmischung feste Grundlagen. Ein nimmerlanger stürmischer Beifall begleitete die Worte des Königs, daß dank der Rathschläge der großen Mächte, dank seiner eigenen und seiner Verbündeten Bemühungen und Bestrebungen der Friede heute mehr als je gesichert sei. „Die Frauen — heißt es weiter —, welche den Frieden eifrig fördern, sind nicht sämmtlich befeuert; wir werden daher fortfahren, sorgfältig darüber zu wachen, ohne jedoch unser Budget zu sehr zu belasten, den Aufzehrungen der Arme und der Marine zu genügen, welche die Verteidiger unserer Einheit und Unabhängigkeit, und welche mit unserem guten Recht der bereite Anstand unserer Interessen in der Welt sind.“ Einen lebhaften Beifall fanden auch die Versicherungen, daß die Regierung keine neuen Steuern erhebe, sowie die Stelle betreffs Abschaffung der Differentialzölle Frankreich gegenüber. Der Großherzog von Sachsen-Weimar wohnte der Zeremonie in der Königsloge zu. Nach dem König Margherita bei.

Wien, 23. November. Die „St. James Gazette“ kündigt Gladstones Eintritt in das Oberhaus an.

In Kinnabon werden großartige Vorkehrungen für den Empfang des Kaisers Dom Pedro getroffen. Der Dampfer „Alagoas“, der die Kaiserfamilie trägt, wird daselbst am 1. Dezember erwartet. Dom Pedro wird von Kinnabon aus ein Manifest erlassen. Die New Yorker „Sun“ meldet, Kanada werde das Beispiel Brasiliens nachahmen und die Beziehungen zu England abbrechen.

In Weich sind große Unterschlagungen entdeckt und mehrere Verhaftungen vorgenommen worden.

Der Kommandant des Hafens Plymouth jagt ein brasilianisches Schiff, das die neue Alagge geholt hatte, letztere wieder einzufangen.

London, 23. November. Aus Sanjour wird dem „Neuerischen Bureau“ berichtet, daß Dr. Peters in der That bei Adon Burroa seinen Untergang gefunden habe. Adon Burroa liegt acht Tagereisen von Portorro am Kanal.

Kasan, 23. November. Dem „Kurir“ wird aus Belgrad das Gerücht gemeldet, die Regierung habe in der Familie Karageorgiwitsch ein Komplott entdeckt und sollen hohe Persönlichkeiten, welche sogar der russischen Diplomatie angehören sollen, stark kompromittirt sein. Zahlreiche Personen verhaftet worden sind. Weitere Verhaftungen sollen bevorstehen.

Belgrad, 23. November. Die von „Mase novine“ gebrachte Sensationsmeldung, daß auf einen serbischen Eisenbahner, der eine größere Summe der in Wien abgeschlossenen bulgarischen Anleihe nach Sofia expedirt, bei Station Stofas ein Raubattentat verübt wurde, wird amtlich als unrichtig bezeichnet.

Konstantinopel, 23. November. Der italienische Vizekonsul Baron v. Blanc ist wegen Abnehmens seiner Mutter von hier abgereist.

Konstantinopel, 23. November. „Saaber“ meldet, daß der Dampfer „India“ mit 5000 mohamedanischen Pilgern im ägäischen Meere gesunken sei, nur der Kapitän und zwei Passagiere konnten sich retten.

Letzte Nachrichten.

Hamburg, 23. November. Heute Mittag brach in dem zweiten Stock der Steinwegischen Piano-Fabrik in der neuen Rosenstraße, als die Arbeiter kurz nach 12 Uhr die Fabrik verlassen hatten, Großfeuer aus, welches auch das dritte Stockwerk ergriff. Nach zweifelhafte Löscharbeit gelang es, das Feuer auf seinen Herd zu beschränken. Der Schaden soll ein bedeutender sein, da sich in dem gänzlich zerstörten zweiten Stocke eine große Anzahl fertiger Instrumente befand.

Wien, 23. November. Das „Fremdenblatt“ konstatirt in einer Polemik dem „Grafenhaus“ gegenüber, daß es das österreichische Interesse bei dem Ministerwechsel in Rumänien mit aller Ruhe und Objektivität beurtheilt habe, ohne irgendwie in das Siegeshorn zu stoßen. Man sei hier nüchtern genug, nicht jedes Ereigniß, welches russische diplomatische Zwecke als eine Niederlage Russlands betrachtet, darum auch schon als einen Sieg Österreichs zu betrachten. Die österreichisch-ungarische Politik finde eben in den Balkanländern nichts weiter als die Erhaltung freundschaftlicher Beziehungen.

Paris, 23. November. Deputirtenkammer. Der russische Deputirte Ferron brachte den Antrag ein, zu Gunsten der Grenzarbeiter in den nördlichen Departements einen Kredit von 150,000 Francs zu bewilligen und wegen aller anlässlich des Streiks begangener Vergehen Amnestie zu gewähren. Der Arbeitsminister Joes Guyot sprach sich gegen den Antrag aus, der auf eine förmliche Unterstüßung des Streiks hinauslaufe. Der Antrag Ferrons wurde abgelehnt. Der Deputirte Inghard hat seine Anträge an den Minister Spraller über die Ereignisse in Brasilien bis auf Weiteres verschoben.

Bern, 23. November. Der Nationalrath und der Ständerath sind heute eröffnet worden; in dem ersten hielt der Präsident Harberlin, in dem letzteren der Präsident Hoffmann die Eröffnungsrede. Beide Präsidenten erwähnten dabei das Geheiß über Einsetzung eines Bundesrats, Präsident Hoffmann hob hervor, daß dem Bundesrath mit der Ablehnung der Volksabstimmung über dieses Gesetz ein Verträmmelung ertheilt worden sei.

London, 23. November. Nach hier eingeangenen ausführlichen Briefen von Stanley vom 5. August und 3. September, welche über den Verlauf seiner Expedition, die Revolution in Wadai, die Errichtung Emin Paschas aus der Gewalt seiner mercurischen Truppen und die späteren Ereignisse vollen Aufschluß geben, entloß sich Emin Pascha erst nach längerem Zögern, die Negarotationsprovinz zu verlassen. Stanley war vor dem Rückmarsch nach der Äthiopien ein Monat schwer krank.

Tunis, 23. November. Der österreichische Botschafter „Miramare“ ist mit der Kaiserin von Österreich an Bord heute Vormittag von Korsika in dem Hafen von La Gollita eingetroffen. Die Kaiserin, welche infolge ihrer Reise, besuchte heute das karthagische Museum.

Wasserstand.

Elbe bei Dresden, 24. November. — 1,00 Meter. — Aufstuf bei Stralsund, 24. November, + 0,86 Meter. — Oder bei Breslau, 24. November, + 0,68 Meter. — Weichsel bei Warschau am 20. November + 1,80 Meter. — Weichsel bei Thorn am 22. November + 1,70 Meter. — Warthe bei Posen, 24. November, + 2,38 Meter. — Nebe bei Posen, 22. November, + 1,58 Meter.

Gold- und Papiergeld.

Amsterdam 8 Tage. 2 1/2 % 168,50
do. 2 Monat. 2 1/2 % 167,70
do. 3 Monat. 2 1/2 % 167,00
do. 4 Monat. 2 1/2 % 166,20
do. 5 Monat. 2 1/2 % 165,40
do. 6 Monat. 2 1/2 % 164,60
do. 7 Monat. 2 1/2 % 163,80
do. 8 Monat. 2 1/2 % 163,00
do. 9 Monat. 2 1/2 % 162,20
do. 10 Monat. 2 1/2 % 161,40
do. 11 Monat. 2 1/2 % 160,60
do. 12 Monat. 2 1/2 % 159,80
do. 13 Monat. 2 1/2 % 159,00
do. 14 Monat. 2 1/2 % 158,20
do. 15 Monat. 2 1/2 % 157,40
do. 16 Monat. 2 1/2 % 156,60
do. 17 Monat. 2 1/2 % 155,80
do. 18 Monat. 2 1/2 % 155,00
do. 19 Monat. 2 1/2 % 154,20
do. 20 Monat. 2 1/2 % 153,40
do. 21 Monat. 2 1/2 % 152,60
do. 22 Monat. 2 1/2 % 151,80
do. 23 Monat. 2 1/2 % 151,00
do. 24 Monat. 2 1/2 % 150,20
do. 25 Monat. 2 1/2 % 149,40
do. 26 Monat. 2 1/2 % 148,60
do. 27 Monat. 2 1/2 % 147,80
do. 28 Monat. 2 1/2 % 147,00
do. 29 Monat. 2 1/2 % 146,20
do. 30 Monat. 2 1/2 % 145,40
do. 31 Monat. 2 1/2 % 144,60
do. 32 Monat. 2 1/2 % 143,80
do. 33 Monat. 2 1/2 % 143,00
do. 34 Monat. 2 1/2 % 142,20
do. 35 Monat. 2 1/2 % 141,40
do. 36 Monat. 2 1/2 % 140,60
do. 37 Monat. 2 1/2 % 139,80
do. 38 Monat. 2 1/2 % 139,00
do. 39 Monat. 2 1/2 % 138,20
do. 40 Monat. 2 1/2 % 137,40
do. 41 Monat. 2 1/2 % 136,60
do. 42 Monat. 2 1/2 % 135,80
do. 43 Monat. 2 1/2 % 135,00
do. 44 Monat. 2 1/2 % 134,20
do. 45 Monat. 2 1/2 % 133,40
do. 46 Monat. 2 1/2 % 132,60
do. 47 Monat. 2 1/2 % 131,80
do. 48 Monat. 2 1/2 % 131,00
do. 49 Monat. 2 1/2 % 130,20
do. 50 Monat. 2 1/2 % 129,40
do. 51 Monat. 2 1/2 % 128,60
do. 52 Monat. 2 1/2 % 127,80
do. 53 Monat. 2 1/2 % 127,00
do. 54 Monat. 2 1/2 % 126,20
do. 55 Monat. 2 1/2 % 125,40
do. 56 Monat. 2 1/2 % 124,60
do. 57 Monat. 2 1/2 % 123,80
do. 58 Monat. 2 1/2 % 123,00
do. 59 Monat. 2 1/2 % 122,20
do. 60 Monat. 2 1/2 % 121,40
do. 61 Monat. 2 1/2 % 120,60
do. 62 Monat. 2 1/2 % 119,80
do. 63 Monat. 2 1/2 % 119,00
do. 64 Monat. 2 1/2 % 118,20
do. 65 Monat. 2 1/2 % 117,40
do. 66 Monat. 2 1/2 % 116,60
do. 67 Monat. 2 1/2 % 115,80
do. 68 Monat. 2 1/2 % 115,00
do. 69 Monat. 2 1/2 % 114,20
do. 70 Monat. 2 1/2 % 113,40
do. 71 Monat. 2 1/2 % 112,60
do. 72 Monat. 2 1/2 % 111,80
do. 73 Monat. 2 1/2 % 111,00
do. 74 Monat. 2 1/2 % 110,20
do. 75 Monat. 2 1/2 % 109,40
do. 76 Monat. 2 1/2 % 108,60
do. 77 Monat. 2 1/2 % 107,80
do. 78 Monat. 2 1/2 % 107,00
do. 79 Monat. 2 1/2 % 106,20
do. 80 Monat. 2 1/2 % 105,40
do. 81 Monat. 2 1/2 % 104,60
do. 82 Monat. 2 1/2 % 103,80
do. 83 Monat. 2 1/2 % 103,00
do. 84 Monat. 2 1/2 % 102,20
do. 85 Monat. 2 1/2 % 101,40
do. 86 Monat. 2 1/2 % 100,60
do. 87 Monat. 2 1/2 % 99,80
do. 88 Monat. 2 1/2 % 99,00
do. 89 Monat. 2 1/2 % 98,20
do. 90 Monat. 2 1/2 % 97,40
do. 91 Monat. 2 1/2 % 96,60
do. 92 Monat. 2 1/2 % 95,80
do. 93 Monat. 2 1/2 % 95,00
do. 94 Monat. 2 1/2 % 94,20
do. 95 Monat. 2 1/2 % 93,40
do. 96 Monat. 2 1/2 % 92,60
do. 97 Monat. 2 1/2 % 91,80
do. 98 Monat. 2 1/2 % 91,00
do. 99 Monat. 2 1/2 % 90,20
do. 100 Monat. 2 1/2 % 89,40
do. 101 Monat. 2 1/2 % 88,60
do. 102 Monat. 2 1/2 % 87,80
do. 103 Monat. 2 1/2 % 87,00
do. 104 Monat. 2 1/2 % 86,20
do. 105 Monat. 2 1/2 % 85,40
do. 106 Monat. 2 1/2 % 84,60
do. 107 Monat. 2 1/2 % 83,80
do. 108 Monat. 2 1/2 % 83,00
do. 109 Monat. 2 1/2 % 82,20
do. 110 Monat. 2 1/2 % 81,40
do. 111 Monat. 2 1/2 % 80,60
do. 112 Monat. 2 1/2 % 79,80
do. 113 Monat. 2

Im Dezember bleiben meine Geschäftsräume auch Sonntags geöffnet.

Augen der L